

Alfred Dregger:

Der Aufschwung setzt sich fort

Die Experten sagen: Auch im vierten Jahr der Regierung Kohl geht es weiter aufwärts. Die Auftragslage der Unternehmen hat sich spürbar verbessert. Nicht nur im Export, auch im Inland nimmt die Nachfrage zu. Selbst im Baugewerbe ist die Talsohle überwunden. Im kommenden Jahr können wir mit 250 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen rechnen. Die Lebenshaltungskosten bleiben stabil. Die Einkommen werden erneut steigen, und zwar real. Einmal wegen der stabilen Preise, zum anderen wegen der zu erwartenden Lohnerhöhungen und schließlich wegen der ab 1. Januar 1986 in Kraft tretenden ersten Stufe unserer Steuerentlastung.

An die 5 Prozent wird der Arbeitnehmer im kommenden Jahr mehr in der Lohntüte haben. Wer heute 2 000 DM netto im Monat verdient, kann 1986 mit 100 DM netto mehr rechnen. Darin sind nicht ein-

HEUTE LESEN SIE

● NICARAGUA

Zu einem Nicaragua-Report hatte die CDU Vertreter der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen aus Nicaragua ins Bonner Konrad-Adenauer-Haus eingeladen, wo sie über die Verletzung der Menschenrechte in ihrem Lande berichteten. In ihrem Heimatland können sie das Recht auf freie Meinungsäußerung und offene Kritik am sandinistischen Regime nicht wahrnehmen. Über die Ergebnisse dieses Forums werden wir in einer der nächsten Ausgaben berichten. Das Einführungsreferat von Generalsekretär Heiner Geißler finden Sie ab Seite 5

● GROSSER VERLUST

Helmut Kohl zum Tode von Werner Scherer, dem Landesvorsitzenden der CDU Saar. Seite 3

● PARTEITAG

Lothar Späth: Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ist unser Ziel. Ein Bericht vom 22. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg. Seite 16

● DOKUMENTATION

Die Verkehrspolitik der Bundesregierung ist bürgernah und umweltfreundlich. grüner Teil

Die Preise bleiben stabil

Teuerungsrate fällt auf 1,7 Prozent

Der Preisauftrieb hat sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Oktober auf 1,7 % verringert. Damit hat die Bundesrepublik Deutschland als einzige westliche Industrienation bei der Inflationsrate nunmehr eine 1 vor dem Komma. Die Deutsche Bundesbank als Hüterin des Geldwertes spricht von nahezu erreichter Preisstabilität. Jeder Prozentpunkt weniger Inflation bringt den Verbrauchern einen jährlichen Kaufkraftgewinn von 11 Mrd. DM. Begünstigt werden vor allem die Arbeitnehmer, deren Familien, die Rentner und die Sparer.

Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zeigt Optimismus

Eine Verbesserung der Beschäftigungslage erwarten die Unternehmen im nächsten Jahr. Das stellte der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) bei einer Umfrage in 69 Mitgliedskammern fest. Die rund 14 000 Unternehmensantworten signalisieren eine große konjunkturelle Zuversicht für 1986. Neben dem weiter wachsenden Export erwartet die Wirtschaft jetzt erheblich mehr Aufschwung durch die Inlandsnachfrage.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag fragte 14 000 deutsche Firmen: Wie wird das nächste Jahr? 80 % antworteten: 1986

wird die Konjunktur noch besser. 18 % sagten: Wir werden neue Mitarbeiter einstellen. Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt basiert auf der zuversichtlichen Einschätzung, daß das kommende Jahr von einer stabilen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung geprägt sein wird, heißt es in der Auswertung der Fragebogenaktion, die Ende August, Anfang September durchgeführt wurde, weiter. Bemerkenswert, so der DIHT, ist der Rückgang der Schlechtmeldungen im Handel, was mit der Hoffnung auf Belebung des privaten Konsums nach der 1986 in Kraft tretenden Steuerentlastung zurückgeführt wird.

Fortsetzung von Seite 1

mal die sozial- und familienpolitischen Verbesserungen, die ebenfalls ab dem kommenden Jahr in Kraft treten, einge rechnet.

Die Wirtschaftsexperten bestätigen auch, daß die von den Gewerkschaften und der SPD geforderten staatlichen Beschäftigungsprogramme falsch sind. Siebzehn Beschäftigungsprogramme hatte die SPD in ihrer Regierungszeit staatlich finanziert und verordnet.

Das Ergebnis: Wir hatten den rasantesten Anstieg der Arbeitslosigkeit in ganz Europa. In den letzten beiden Jahren vor dem Regierungswechsel stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland um 106 Prozent an. Da der größte Teil dieser SPD-Programme — sie kosteten über 50 Milliarden DM — auch noch auf Pump finanziert war, stiegen die Staatsschulden genauso raketenhaft wie die Arbeitslosen. Das waren die falschen Rezepte.

Die Wirtschaftsexperten bestätigen uns

dagegen: Ihr macht die richtige Politik. Der seit drei Jahren laufende wirtschaftliche Aufschwung wird im nächsten Jahr sogar noch an Kraft gewinnen.

Aufwärts wie selten zuvor

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist nach den Worten von Bundesbankpräsident Pöhl so günstig wie seit Ende der 70er Jahre nicht mehr. Nach der Sitzung des Zentralbankrates sagte Pöhl: Die Annahme der Wirtschaftsforschungsinstitute eines Realwachstums von drei Prozent für 1986 ist unserer Ansicht nach durchaus fundiert.

Rekord in der Leistungsbilanz

Einen Rekordleistungsbilanzüberschuß in Höhe von rund 35 Milliarden DM erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, sagte vor dem Außenwirtschaftsbeirat des Ministeriums in Bonn, in der Handelsbilanz zeichne sich ein Überschuß von rund 75 Milliarden DM ab.

Helmut Kohl zum Tode von Werner Scherer: Wir beklagen einen großen Verlust

Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat der Witwe des Vorsitzenden der saarländischen CDU, Werner Scherer, das folgende Beileidstelegramm geschickt:

Die Nachricht vom plötzlichen Tod Ihres Mannes hat mich sehr getroffen. Persönlich und im Namen der CDU Deutschlands spreche ich Ihnen und Ihrer Familie zu diesem schmerzlichen Verlust mein herzliches Beileid aus.

Werner Scherer war ein Mann, der christlich-demokratische Politik an der Saar seit ihren Anfängen vor genau drei Jahrzehnten maßgeblich mit geprägt hat. Er hat in herausragenden Ämtern und Funktionen in der Landespartei, in der Landtagsfraktion, als Mitglied des CDU-Bundesvorstands und insbesondere auch als Kultusminister des Saarlandes über viele Jahre erfolgreich politische Verantwortung getragen.

Werner Scherer gehörte zu den Persönlichkeiten unserer Partei, die mit großem Pflichtbewußtsein und ohne sich selbst zu schonen, stets die Sache der Union vor die eigene Person gestellt haben. Sein Sachverstand, vor allem aber auch seine gewinnende Bescheidenheit und seine menschliche Ausstrahlung haben ihm über die parteipolitischen Grenzen hinweg im ganzen Land Wertschätzung und Sympathie verschafft. Werner Scherer hat sich um die CDU Deutschlands und die Menschen an der Saar verdient gemacht. Wir beklagen einen großen Verlust.

Ich fühle mich in der Trauer um einen langjährigen politischen Wegbegleiter und Freund eng mit Ihnen verbunden und wünsche Ihnen in dieser schweren Zeit von Herzen viel Kraft und Gottes Segen.

SPD-MdB Haase gegen rot-grünes Bündnis

Horst Haase, SPD-MdB aus Fürth, hat sich in aller Schärfe von der gegenwärtigen Politik seiner Partei distanziert. Er werde bei der Bundestagswahl 1987 auch deshalb nicht mehr kandidieren, schrieb er an den SPD-Bezirk Franken, weil er das Bündnis von SPD und Grünen nicht mittragen könne. Der Politiker erklärte, nach 25jähriger parlamentarischer Tätigkeit für die Sozialdemokraten könne er wesentliche Entscheidungen der SPD im Bereich der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik nicht länger mitverantworten. Vor allem die Haltung seiner Partei zur Kern-

energie und ihre Sicherheitspolitik entspreche nicht seinen Ansichten. Nur ein klares Ja zur NATO könne auf Dauer den Frieden sichern.

Warnung vor völligem Lehrer-Einstellungsstopp

Vor einem völligen Einstellungsstopp für Junglehrer hat der Parlamentarische Staatssekretär des Bildungsministeriums, Anton Pfeifer (CDU), die Länder gewarnt. Unsere Schulen brauchen jetzt und in den kommenden Jahren auch den engagierten und qualifizierten Junglehrer. Die Länder sollten einen Einstellungskorridor für Lehrer sichern und eine Mindestzahl einstellen.

Dregger und Klepsch fordern einen qualitativen Sprung zur bundesstaatlichen Lösung

Die Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, und der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, haben sich in Straßburg für die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die Stärkung der demokratischen Kontrolle in der EG ausgesprochen. Dregger nahm an einer Konferenz der Vorsitzenden der nationalen CD-Fraktion der EG-Mitgliedstaaten teil, zu der die EVP-Fraktion eingeladen hatte. Themen der Konferenz waren das einheitliche europäische Wahlrecht für die Direktwahl zum Europäischen Parlament sowie die Vorbereitung des Luxemburger EG-Gipfels Anfang Dezember zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft.

Alfred Dregger wies darauf hin, daß immer noch der qualitative Sprung zu einer bundesstaatlichen europäischen Ordnung fehle. Zwar habe man mit großem Erfolg eine Wirtschaftsgemeinschaft aufgebaut; die angestrebte politische Gemeinschaft müsse sich aber der Grundverantwortung jeder staatlichen Gemeinschaft stellen, die Sicherheit für ihre Bürger zu gewährleisten. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sei deswegen die Voraussetzung für die Errichtung eines europäischen Bundesstaates. Dies gelte ebenso für eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. Solange diese Voraussetzungen nicht geschaffen seien, müßten in jeder Weise funktionsfähige Nationalstaaten in der Gemeinschaft erhalten bleiben.

Nur wenn die EG umfassende Verantwortung übernehme, könnten die Mitgliedstaaten diese Bereiche auf die Gemeinschaft übertragen. Nicht sinnvoll wäre es, der EG mehr Rechte ohne die jeweilige Verantwortung anzutragen.

Wenn die Mitgliedstaaten mit dieser Überzeugung an das Werk der Bildung eines europäischen Bundesstaates gingen, würden die Problemberiche

■ Vermehrung der Rechte des Europäischen Parlaments

■ Verbesserung der Entscheidungsmechanismen

■ Schaffung neuer Aktionsfelder der EG (z.B. Technologie, Umwelt, Binnenmarkt) einer schnellen Lösung zugeführt werden können.

Alfred Dregger: Wir Deutschen wollen den europäischen Bundesstaat und werden uns deswegen nachdrücklich für seine Errichtung einsetzen!

Neue-Heimat-Skandal und kein Ende

Wenn sich der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht als glaubwürdiger Partner in der Politik ausschalten will, dann muß er schleunigst für Ordnung in einem eigenen Bereich sorgen. Es vergeht derzeit kaum ein Tag, an dem nicht neue Schwierigkeiten der gewerkschaftseigenen Unternehmen bekannt werden.

Die Neue-Heimat-Stammbelegschaft soll um 720 Arbeitnehmer verringert werden — das sind sage und schreibe 20 Prozent. Derzeit umfaßt die Mitarbeiterschaft noch 3 600 Arbeitnehmer.

Angesichts dieser erschreckenden Entwicklung grenzt es schon an Unverfrorenheit, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der SPD einen Aufruf verfaßt, mit dem Motto: Schafft endlich Arbeitsplätze, erklärt CDU-MdB Alfons Müller (Wesseling).

Heiner Geißler: Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Die Probleme der Bundesrepublik Deutschland liegen auf der Hand: mehr Beschäftigung, Sicherung der Renten, wirtschaftliches Wachstum, Ausbau moderner Technologien, Schutz der Umwelt, Abrüstung. Da fragen sich viele, wieso die Christlich Demokratische Union dazu kommt, ausgerechnet das Thema Nicaragua in einem eintägigen Report zu erörtern und zu behandeln. Nicaragua liegt 7000 km von Deutschland entfernt. Dazu will ich folgendes antworten:

1. Die Christlich Demokratische Union tritt für den Schutz der Menschenrechte überall auf der Welt ein. Wir setzen uns ein für politische Freiheiten, soziale Gerechtigkeit und für die Menschenrechte in der Sowjetunion wie auch in Südafrika, in Chile wie in Nicaragua und Kuba.
2. Nicht die Machthaber in Nicaragua sollen heute zu Wort kommen, sondern die Verfolgten. Die Unterdrückten sollen ein internationales Forum für eine objektive Information erhalten.
3. Die Unterdrückten und Verfolgten in Nicaragua brauchen internationale Solidarität und Schutz vor Willkür und Repressionsallianzen.
4. Die Mauer des Schweigens und der Verfälschung in der internationalen Publizistik muß durchbrochen werden.
5. Die Unterstützung des sandinistischen Regimes durch Kuba und durch die Sozialistische Internationale muß beendet werden.
6. Der Prozeß der Demokratisierung und der sozialen Reformen durch die politischen Kräfte der Mitte muß in ganz Zentralamerika unterstützt und gekräftigt werden.

7. Die Weltöffentlichkeit muß sich bewußt werden, daß Nicaragua und Kuba die zentralamerikanische Region destabilisieren und den Demokratisierungsprozeß bewußt behindern.

In unserer Außenpolitik treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt ein. Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben. Unser Bekenntnis zu den Menschenrechten verpflichtet uns, für politische und aus Glaubensgründen Gefangene und Verfolgte in der ganzen Welt einzutreten. So steht es im Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union.

Warum müssen wir das tun? Wir leben in Freiheit. Wir haben Demokratie in unserem Lande, und wir arbeiten für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit. Aber es gibt Milliarden von Menschen auf der Welt, die in Unfreiheit und Ungerechtigkeit leben müssen. Wo bliebe denn die Hoffnung für diese Menschen, die in diesen Verhältnissen leben müssen, wenn wir, die wir in Freiheit leben, uns nicht für deren Menschenrechte einsetzen würden?

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat Sympathie für das Land Nicaragua und seine Bevölkerung. Diese Sympathie ist nicht neu; wir haben sympathisiert mit der Bevölkerung Nicaraguas, als sie sich in den Jahren 1978/79 gegen den verhaßten Diktator Somoza und seinen Clan auflehnte. Wir haben damals begrüßt, daß sich praktisch das gesamte Volk gegen Somoza auflehnte und die Diktatur beseitigte. Die politischen Parteien, die Kirche, die Gewerkschaften,

die Unternehmer, die sandinistischen Guerilla, sie haben gemeinsam diese Familien-Diktatur beendet. Mit unseren Freunden in der Christlich Sozialen Partei Nicaraguas hatten wir lange gehofft, daß es einen friedlichen Weg zur Herstellung der Demokratie geben würde, aber die Verbohrtheit des Diktators hat dies verhindert und zu blutigen Auseinandersetzungen geführt.

Was ist aus der sandinistischen Revolution geworden?

Die Christlich Demokratische Union hat nicht nur die Somoza-Diktatur entschieden abgelehnt, sondern wie die meisten Länder der Welt und auch die Vereinigten Staaten von Amerika die Ziele der Revolution vom Juli 1979 begrüßt: Pluralismus, gemischte Wirtschaftsverfassung, Blockfreiheit. Die Sandinisten konnten auf großzügige internationale Hilfe auch der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika rechnen. Es war selbstverständlich, einer Regierung, die die Demokratie herstellen, die Menschenrechte achten wollte, großzügige Hilfe zu geben.

6½ Jahre nach der Revolution stellt sich dem internationalen Beobachter die Frage, was aus der sandinistischen Revolution gegen Somoza in der Praxis geworden ist:

Die Klagen über die Verletzung der Menschenrechte häufen sich. So hat das ehemalige Junta-Mitglied Violeta Chamorro, Witwe des 1978 ermordeten Herausgebers der Zeitung *La Prensa*, in einem Brief an die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) den Sandinisten vorgeworfen, das Volk betrogen und die demokratischen Prinzipien und Ziele der Revolution gegen Somoza verraten zu haben. Grundrechte sind außer Kraft gesetzt.

Minderheiten, wie z. B. die Miskito-Indianer wurden verfolgt und deportiert, dasselbe wird von den Ladinos berichtet. Wir wissen, daß die Arbeit der Parteien, der Gewerkschaften und der Kirchen schwer behindert wird. Die sandinistische Partei ist eine allumfassende Bewegung geworden, die die Polizei, den Staatssicherheitsdienst, die Armee, die Presse, die Wohnsiedlungen, die Dörfer, die Schulen und die Universitäten kontrolliert. Was ist aus dem Pluralismus der sandinistischen Revolution geworden? Welche Rolle spielt der Geheimdienst?

Vor drei Tagen hat der Präsident von El Salvador, Napoleon Duarte, das sandinistische Regime öffentlich beschuldigt, hinter der Entführung seiner Tochter und der Entführung von 21 christlich-demokratischen Bürgermeistern zu stehen. Außenpolitisch ist Nicaragua in den Augen seiner Nachbarländer offenbar zu einem destabilisierenden Element in Mittelamerika geworden. Liegen die Gründe für die beispiellose Aufrüstung in diesem Land in der äußeren Bedrohung durch die Contras, wie immer wieder in Managua behauptet wird? Oder dient dies nur zum Vorwand, um innenpolitisch das Regime einer Einheitspartei durchzusetzen und zu stabilisieren? Werden durch diese Aufrüstung die Stabilität der Region insgesamt, aber insbesondere auch die nationale Sicherheit von Costa Rica, Honduras und El Salvador ernsthaft gefährdet?

Welche Rolle spielt Nicaragua in der weltweiten Strategie der Sowjetunion? Und wie ist die internationale Unterstützung des dortigen Regimes durch die Sozialistische Internationale zu beurteilen? Die Sandinisten werden von der Sowjetunion unterstützt und entwickeln sich zu einer Bruderpartei der KPdSU. Warum haben sie trotzdem einen Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale?

Einseitige Berichterstattung vermittelt ein falsches Bild

Jedenfalls steht das eine fest: Die Berichterstattung über Nicaragua in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa ist nach Auffassung vieler Beobachter einseitig, verschweigt Fakten oder verfälscht sie. Nicaragua wird von der Kommunistischen Internationale und auch von der Sozialistischen Internationale instrumentalisiert zu einem Kampfobjekt gegen die Vereinigten Staaten.

In Nicaragua wiederholt sich heute ein Vorgang, der zum ersten Mal in den Jahren nach der sogenannten Oktober-Revolution in Rußland beobachtet werden konnte: Sozialistische Intellektuelle reisen in ihr gelobtes Land, finden, daß dort alles zum Besten steht, reisen dann wieder ab und verkünden ihre frohe Botschaft denjenigen Genossen, die zu Hause bleiben mußten. Diese fellow travellers in Sachen Sozialismus sind nicht daran

interessiert, wahrheitsgemäße und sachlich zutreffende Informationen weiterzugeben: Die Linke will und braucht Idole. Sie nimmt nur solche Fakten zur Kenntnis, die in ihr Weltbild passen; Tatsachen, die das Bild des jeweils gelobten Landes verdunkeln könnten, werden nicht gesehen, oder aber so interpretiert, daß die Schuld an Mißständen keinesfalls den jeweiligen sozialistischen Machthabern anzulasten ist. Schuldig sind immer die anderen, schuldig ist der noch immer nicht ganz überwundene Kapitalismus, schuldig sind die Gegner des Sozialismus. Die Idolfunktion für die Linke hat heute das sandinistische Regime in Nicaragua.

Die CDU ist weder auf dem rechten, noch auf dem linken Auge blind: Wir verurteilen Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie begangen werden, wer immer sie begeht. Die Sozialisten kritisieren Chile und Paraguay, wir verurteilen Chile und Paraguay, Nicaragua und Kuba.

Wir sind für eine demokratische Lösung

In Mittelamerika ist in mehreren Ländern ein Prozeß der Demokratisierung und der sozialen Reformen in den letzten 10 Jahren in Gang gekommen. Christliche Demokraten haben Lösungen für die schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme dieser Länder vorgeschlagen und (wie z. B. in El Salvador) auch auf den Weg gebracht, die den Menschen in dieser Region die Hoffnung vermitteln, daß es für Mittelamerika eine demokratische Lösung geben kann, daß ein demokratischer Weg der Mitte die Chance hat, sich durchzusetzen. Deswegen unterstützt die CDU diese politischen Kräfte der Mitte, die ein klares Nein sagen zu den extremistischen Kräften der alten Oligarchie, aber auch zu den marxistisch-leninistischen Zielsetzungen z. B. der Guerilla in El Salvador und in anderen

Ländern, wie z. B. in Kuba, bei deren Realisierung die oligarchischen Militärdiktaturen lediglich ersetzt werden durch linke Parteidiktaturen.

In Mittelamerika findet eine politische Auseinandersetzung statt über den richtigen Weg. Deshalb ist die Entwicklung in Nicaragua als Gegenbeispiel zu der Entwicklung in El Salvador von großer Bedeutung. Die Christlich Demokratische Union will einen Beitrag dazu leisten, daß auch in Nicaragua mit friedlichen Mitteln der demokratische Weg der Mitte sich durchsetzt. Sie unterstützt daher alle demokratischen Kräfte in Nicaragua. Ob sich dieser Weg durchsetzt, hängt auch von der internationalen Unterstützung ab und von der publizistischen Hilfe, die die Demokraten in dieser Region erhalten.

Dieses Forum will einen Beitrag zur Sachaufklärung sein. Das Forum will außerdem einen Betrag dafür leisten, international, aber vor allem auch in Mittelamerika, die Menschenrechte durchzusetzen. Genauso wie die CDU an der Seite der christlichen Demokraten in Chile und ihrem Vorsitzenden Gabriel Valdez steht, genauso unterstützt die Christlich Demokratische Union alle Demokraten, die in Mittelamerika für Demokratie, soziale Reformen und Menschenrechte kämpfen. Dies ist in Nicaragua besonders aktuell.

Zeugenaussagen aus erster Hand

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat deshalb Zeugen aus Lateinamerika eingeladen, die aus erster Hand über die Verhältnisse in Nicaragua berichten können. Wir haben die Referenten gebeten, uns aus ihrer Arbeit in den politischen Parteien, der Kirche, den Gewerkschaften, der Presse etc. Tatsachen und Fakten mitzuteilen.

In einem Pressedienst wurde die Frage gestellt, warum wir für den Nicaragua-Report nicht den FSLN, die Partei der Sandinisten, eingeladen haben. Darauf gibt es eine einfache Antwort. Das sandinistische Regime beherrscht mit seinem Propagandaapparat, dank der tatkräftigen Mithilfe der Sozialistischen Internationale, die internationale Berichterstattung über Nicaragua. Wir schaffen eine internationale Plattform für diejenigen, deren Meinung in ihrem eigenen Land unterdrückt wird, deren Äußerungen zensiert werden, die verhaftet und wegen ihrer politischen Gesinnung oder wegen ihrer Glaubensüberzeugung unterdrückt werden und die gleichzeitig nicht die Hilfe großer internationaler Institutionen beanspruchen, die nicht das große Geld der Sozialistischen Internationale haben und die nicht über die ideologisch-fanatische

Unterstützung Hunderter Solidaritätskomitees verfügen.

Wir haben solche Zeugen eingeladen, die gegen Somoza waren, wie Esteban Gonzales, den 1. Vorsitzenden der Menschenrechtskommission gegen Somoza, oder Pablo Antonio Cuadra, den Dichter, Schriftsteller und ehemaligen Direktor von LA PRENSA und Kampfgefährten des von Somoza ermordeten Herausgebers von LA PRENSA, Chamorro. Männer, die die Revolution von 1979 begrüßt haben und die bereit waren, am Aufbau eines demokratischen Nicaragua mitzuarbeiten.

Wir haben mit Absicht nicht Vertreter der sogenannten Contra eingeladen. Die Contra haben sich für die bewaffnete Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Regierung entschieden, und sie mögen hierfür moralische oder politische Gründe haben. Unser Weg ist dies nicht. Wir setzen vielmehr auf die friedliche Veränderung der undemokratischen Verhältnisse in Nicaragua. Wir wollen mit dieser Veranstaltung dazu beitragen, einer undemokratischen und die Menschenrechte verletzenden Regierung internationale Unterstützung zu entziehen; wir wollen dazu beitragen, Demokratie, Pluralismus, eine freiheitliche Wirtschaftsverfassung, Blockfreiheit zu verwirklichen so wie dies von den Sandinisten 1979 versprochen wurde. Unsere Strategie ist der Dialog, nicht die bewaffnete Auseinandersetzung.

Für die Christlich Demokratische Union gilt bei der Bewertung der Politik in allen Ländern auch in Nicaragua ein einheitlicher Maßstab: die Respektierung der Menschenrechte. Wo diese nicht garantiert sind, müssen wir uns laut und deutlich bemerkbar machen, im Interesse der Menschen, die dort leiden. Wer schweigt oder Fakten unterdrückt oder sie verfälscht, macht sich mitschuldig.

Alleingang der unionsgeführten Länder nach Scheitern des Rundfunk-Staatsvertrages erforderlich

Nachdem sich die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer letzten medienpolitischen Sitzung in Saarbrücken (23.—25. Oktober 1985) nicht auf einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland einigen konnten, werden nun die unionsregierten Länder im Alleingang einen Staatsvertrag abschließen müssen. Die gegensätzlichen Erwartungen und Vorstellungen waren deutlich in den SPD-Reihen sichtbar, die sich nicht auf eine gemeinsame Haltung verständigen konnten: während der Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi eine möglichst liberale Handhabung der Mediengesetzgebung und damit die Einführung von Privatfunk empfahl, plädierte der Sozialdemokrat Börner (Hessen) gemeinsam mit seinem grünen Koalitionspartner für eine totale Ablehnung der privaten elektronischen Medien und für zusätzliche Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die Unionsparteien bedauern das Nichtzustandekommen des Staatsvertrages, da im Sinne einer umfassenden Harmonisierung der Mediengesetzgebung einheitliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen (Stichworte: Werbung, Jugendschutz, Einspeisebedingungen für Satellitenrundfunk, Nutzung der Satellitenkanäle) gerade auch unter Berücksichtigung der europäischen Entwicklung dringend erforderlich sind. Seit dem Scheitern des Bremerhavener Kompromisses am 17. Oktober 1984, der dann letztlich von den SPD-regierten Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen nicht mitgetragen wurde, hatten die Ministerpräsidenten bis dato erfolglos weiterverhandelt. Die unverständliche und unverantwortliche Blockadehaltung der hessischen Landesregierung bringt nicht nur Nachteile für die privaten Veranstalter, sondern auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, da nun auch die Einheitlichkeit des Gebühren-Staatsvertrages gefährdet sein dürfte. Damit aber wenigstens in Zukunft nicht jedes Bundesland mediengesetzlich so

weiter verfährt wie bisher, werden die unionsregierten Bundesländer untereinander Verhandlungen über einen Staatsvertrag führen, der von folgenden Grundgedanken ausgehen wird:

1. Die einzelnen Bundesländer müssen die landesrechtlichen Grundlagen für die Zulassung insbesondere auch von bundesweiten Rundfunkveranstaltern schaffen, bzw. die bestehenden Regelungen entsprechend harmonisieren, damit kein in einem anderen Bundesland zugelassener Rundfunkveranstalter durch Landesrecht weitergehenden Beschränkungen unterworfen wird. Eine Medienordnung, die keine Informationsfreiheit und damit entsprechende Wahlfreiheit der zur Verfügung stehenden Programme gewährleistet, hat keine Zukunft.

2. Der Rundfunkauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann nicht grenzenlos sein. Er muß gesetzlich definiert und abgegrenzt werden. Der Rundfunk bedarf, um seiner gesellschaftlichen Bedeutung gerecht zu werden, einer angemessenen Finanzierung. Die im öffent-

lich-rechtlichen Rundfunk systemwidrigen Werbeeinnahmen dürfen jedoch auf keinen Fall erweitert werden.

3. Es ist notwendig und zulässig, daß die Aufsicht über und die Verbreitung, Verteilung und Einspeisung von privaten Rundfunkprogrammen ganz oder teilweise aus der allgemeinen Rundfunkgebühr finanziert wird. Und es ist nur konsequent, die für ihren Programmaufwand auf zunächst spärlich fließende Werbeeinnahmen angewiesenen privaten Rundfunkveranstalter nicht mit den Kosten für eine Programmaufsicht und den vollen Kosten für die Programmverbreitung zu belasten. Wer eine allgemeine Kommerzialisierung und Verflachung des Rundfunks befürchtet, muß einen Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen und eine auf inhaltliche Vielfalt angelegte Wettbewerbsordnung anstreben, eine Wettbewerbsordnung, die einen chancengleichen Zugang zum Rundfunk eröffnet, dabei aber den verfassungsrechtlichen Be standsschutz der Presse berücksichtigt. Zu angemessenen Wettbewerbsbedingungen privater Veranstalter gehört auch der Verzicht auf erschwerende Bedingungen, wie Einspeisungsgebühren.

4. Zu den Start- und Entwicklungschancen privater Rundfunkveranstalter gehören unter anderem bis zu 20 % Werbung innerhalb der Gesamtsendezeit, Sonn- und Feiertagswerbung, Sponsorenwerbung sowie jede bisher im öffentlich-rechtlichen Rundfunk praktizierte Werbung. Dabei muß jedoch von den privaten wie auch von den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern erwartet werden dürfen, auf den besonderen Charakter der Sonn- und Feiertage bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Gesamtprogramms Rücksicht zu nehmen.

5. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat gegenüber privaten Veranstaltern einen erheblichen Vorsprung in technischer,

personeller, programmlicher und finanzieller Hinsicht. Um privaten Anbietern einen fairen Entfaltungsanspruch zu sichern, dürfen die derzeitigen Werbezeiten, -strukturen und -verbreitungsgebiete nicht geändert werden. Insbesondere in den dritten Fernsehprogrammen muß deshalb Werbung auch künftig generell unzulässig sein. Auch darf eine eventuelle bundesweite Verbreitung der Dritten Programme deren regionalen Charakter nicht verändern. Ein Ausbau zum nationalen Vollprogramm würde den Fortbestand der ARD in Frage stellen. Diese Programme dürfen auch nicht zu einem erhöhten, durch Rundfunkgebühren abzudeckenden Finanzbedarf führen. Eine Vermehrung öffentlich-rechtlicher Programme muß grundsätzlich auf gesetzlicher Grundlage erfolgen und darf nicht zu einer Verfestigung des Vorsprungs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks führen.

6. Eine gerichtliche Klärung der Unzulässigkeit der Werbung im dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks, der Verfassungswidrigkeit des WDR-Gesetzes und der Haltung des Landes Hessen in bezug auf privaten Rundfunk, insbesondere zur Einspeisung herangeführter Programme, ist erforderlich. Diese und die bereits anhängigen Klagen werden zu einer entscheidenden Weiterentwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts führen. Die Veränderung der Kommunikationsbedingungen der Gesellschaft durch neue Mittel der Massenkommunikation, wie auch der Individualkommunikation sowie durch die Individualisierung der Massenkommunikation erfordern eine Fortschreibung des Rundfunk- und Kommunikationsrechtes.

7. Die Markterschließung für Breitband-Kabelanschlüsse verlangt, Strategien zu entwickeln, wie der Nachfrage besser entsprochen und die Kundenbetreuung für

einen Breitbandkabelanschluß verbessert werden kann; dazu gehören auch private Vertriebsgesellschaften in der Netz-ebene 3.

8. Die Bundesländer sind gefordert, die politischen und rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Programmbieter für den direktstrahlenden Satelliten TV-SAT Anträge auf Kanalvermietung beim Bundespostminister stellen können und dieser darauf in die Lage versetzt wird, unverzüglich den zweiten, für die operationelle Phase notwendigen TV-SAT in Auftrag zu geben.

9. Bund und Länder sollten neue private Veranstalter, insbesondere für den lokalen und regionalen Rundfunk, in einer Anlaufphase unterstützen. Dies gilt für die Kosten der Heranführung und der Verbreitung von Programmen sowie für die Schaffung einer technischen Infrastruktur, die speziell an den Stern- bzw. Netzknotenpunkten die Konkurrenzfähigkeit zu dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sicherstellt. Dies ist erforderlich, um diesen Veranstaltern Marktchancen zu eröffnen; sie sind medienpolitisch geboten, um die Programmvielfalt im lokal-regionalen Raum zu fördern.

10. Die Veränderungen der Medienlandschaft werden aufgrund der vermehrten Möglichkeiten der Verteilung und infolge der differenzierten zu befriedigenden Nachfrage schon in wenigen Jahren zu einem erheblich vermehrten Bedarf an Film-, Fernseh- und sonstigen Medienproduktionen führen. Um dieser Nachfrage mit einem hinreichend differenzierten Angebot und mit einem wünschenswerten Anteil von inländischen und auch europäischen Produktionen entsprechend zu können, bedarf es einer neuen, gesellschaftlich gestützten und kulturbewußten Entschlossenheit zur Film- und Medienförderung. Deshalb sollten die Bundesländer nach neuen Möglichkeiten der

Förderung von Medienschaffenden gerade auch in Verbindung mit kleinen und mittleren Firmen und von prädikatswürdigen Medienproduktionen suchen. ■

Aufgespießt

Börners Sprüche

Ich bedauere, daß mir mein hohes Staatsamt verbietet, den Kerlen selbst eins in die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit Dachlatten erledigt.

Schon einmal ist eine Demokratie in Deutschland von der Straße gekippt worden. Solange ich was zu sagen habe, wird sich das nicht wiederholen.

Holger Börner, Ministerpräsident von Hessen, über gewalttätige Störer von Veranstaltungen, zitiert nach BUNTE vom 19. Mai 1982.

Frage: Können Sie sich überhaupt vorstellen, mit den Grünen an einem Verhandlungstisch zu sitzen?

Antwort: Da können Sie sicher sein: Solche Photos werden noch nicht mal als Montage zu sehen sein.

Eine politische Gruppe, die dem Parlamentarismus den Kampf angesagt hat, hat keine Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen, sondern bringt sich damit in die Nähe von Faschisten.

Holger Börner, Ministerpräsident von Hessen, in einem Interview mit dem SPIEGEL am 16. August 1982 über die Grünen.

Mit denen nicht. Ich bin Naßrasierer und möchte morgens in den Spiegel sehen, ohne mich ansputzen zu müssen. Ich verkaufe meine Seele nicht.

Holger Börner, Ministerpräsident von Hessen, zitiert nach Hessische Niedersächsische Allgemeine vom 15. September 1983 über eine mögliche Koalition mit den Grünen.

Gemeindefreundliche Politik des Bundes kommt zum Tragen

Seit dem Regierungswechsel vor drei Jahren ist die Finanzsituation der Gemeinden wesentlich verbessert worden. Dies hat die Debatte des Deutschen Bundestages am 17. November 1985 über die Finanzlage der Gemeinden deutlich gemacht.

Selbst von der SPD-Opposition wurde „die zweifellos fortgeschrittene Konsolidierung der kommunalen Haushalte“ — so der SPD-MdB Bernrath — nicht mehr bestritten. So ist der Fehlbetrag in den kommunalen Haushalten von 10,1 Mrd. DM im Jahre 1981 auf 1,18 Mrd. DM im Jahre 1983 zurückgegangen. 1984 ist dann sogar zum erstenmal ein Überschuß von 1,47 Mrd. DM erwirtschaftet worden. Mit einem erneuten Überschuß für 1985 ist nach den Ergebnissen des 1. Halbjahres zu rechnen.

Wirtschaftswachstum sichert Kommunalfinanzen

Die stabilitätsgerechte Wachstumspolitik hat zu einer Kostenstabilisierung der kommunalen Ausgaben und zu wieder wachsenden Steuereinnahmen geführt. Der Abgeordnete Dr. Schroeder (Freiburg) der CDU/CSU-Fraktion hat daher zu Recht in der Debatte darauf verwiesen, „daß die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung eine einzige laufende und wirkungsvolle Sofortmaßnahme zur Verbesserung der Gemeindefinanzen darstellt. Dies ist unser Kóntrastprogramm nach einer Politik der SPD, die Anfang der 80er Jahre mit dem Wirtschaftseinbruch zu einem Einbruch bei den kommunalen Steuereinnahmen

und zur schwersten Finanzkrise der Städte, Gemeinden und Kreise führte.“ Die positive Wirtschaftsentwicklung führte zu einem deutlichen Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen, nämlich um jeweils rd. 3 Mrd. DM mehr in den Jahren 1983 bis 1985. Selbst wenn man die Mindereinnahmen aus der Steuerreform 1986 und 1988 berücksichtigt, werden die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden nach allen gesicherten Prognosen Jahr für Jahr um rd. 3 Mrd. DM ansteigen.

Aus dieser günstigen Entwicklungsperpektive heraus haben die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP die Anträge der SPD abgelehnt. Die SPD forderte eine Erhöhung der Steuerbelastung der Unternehmen bei der Gewerbesteuer um rd. 2,8 Mrd. DM und die Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von bisher 15 % auf 16 % zu Lasten der Anteile von Bund und Ländern.

Die Union wies in der Debatte daraufhin, die unionsgeführte Bundesregierung habe die ertragsunabhängigen Steuern zu Beginn dieser Legislaturperiode zusammen mit einem vollen Ausgleich für die Gemeinden bewußt gesenkt, um die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern und den Abbau der Beschäftigung zu stoppen. Gera- de jetzt, wo das wirtschaftliche Wachstum sich auch auf den Arbeitsmarkt auszuwirken beginne, sei eine Steuererhöhung zu Lasten der Wirtschaft auch unterbeschäftigungspolitischer Sicht kontraproduktiv. Geboten seien vielmehr weitere Steuersenkungen wie sie das Parlament bereits für 1986 und 1988 beschlossen habe.

Rau betreibt eine gemeindefeindliche Politik

Zur von der SPD vorgeschlagenen Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer warf die Union der SPD Unglaublichkeit und Doppelbödigkeit vor. Im Bund verlange die SPD, daß der Bund und auch die Länder auf je 750 Mio. DM verzichten sollten, da es den Gemeinden schlechter gehe. In Nordrhein-Westfalen, wo die SPD Verantwortung trage, nehme sie den Gemeinden durch eine Senkung des Verbundesatzes von 25,5 % auf 23 % rd. 1 Mrd. DM ab, weil es dem Land schlechter gehe als den Gemeinden. Hier stünden bundespolitische Forderungen und landespolitisches Verhalten völlig gegensätzlich gegenüber. Solange die SPD an den Kürzungen in NRW festhalte, sei ihr Verhalten auf Bundesebene unglaublich. Dr. Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär im Bundesinnenministerium: „Wir müssen auch heute deutlich an die SPD-Landesregierung Rau des größten Bundeslandes appellieren: Hören Sie endlich auf mit der gemeindefeindlichen Politik!“

Gewerbesteuergarantie erneuert

Bei dem Wunsch nach einer langfristigen Neuordnung der Gemeindefinanzen ergab sich eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen allen Parteien. Dabei betonte die Union, die Mängel der Gewerbesteuer seien zwar allgemein bekannt. Auf der anderen Seite dürften die erheblichen Vorteile der Gewerbesteuer nicht unterschlagen werden:

■ **Die Städte und Gemeinden könnten die Höhe der Gewerbesteuer selbst bestimmen.**

■ **Die Gewerbesteuer schaffe eine enge Bindung zwischen den Städten und Gemeinden und ihrer Wirtschaft.**

Deshalb komme der Gewerbesteuergarantie der Bundesregierung besondere Bedeutung zu, die den Kommunen nicht nur in dieser Legislaturperiode sondern

künftig Sicherheit für ihre Steuereinnahmen gebe. Denn die Bundesregierung habe in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise zugesichert: „Weitere Eingriffe in die Gewerbesteuern stehen in dieser Legislaturperiode nicht zur Diskussion und kommen auch später ohne ein Konzept für die Neuordnung des Gemeindefinanzsystems, dem die Betroffenen zustimmen können, nicht in Betracht.“

Für die Union sei selbstverständlich, daß die Gemeinden einer Gemeindefinanzreform nur zustimmen könnten, wenn Hebesatzrecht und Anknüpfung der Steuerkraft an die örtliche Wirtschaft erhalten blieben. Eine Notwendigkeit, zum jetzigen Zeitpunkt eine besondere Kommission zu berufen, wie es die SPD fordere, die insbesondere die Wertschöpfungssteuer prüfen solle, gebe es nicht. Die Innen- und Finanzminister der Länder seien von dem Ministerpräsidenten aufgefordert worden, eine gemeinsame, abgestimmte Beratungsvorlage über eine Fortführung der Gemeindefinanzreform zu erarbeiten und dabei entsprechende Modellrechnungen auch für die Wertschöpfungssteuer durchzuführen. Diese Aktivitäten der Länder sollten durch eine weitere Kommission auf Bundesebene nicht behindert und entwertet werden.

Der Bund trägt zur Entlastung der Gemeinden bei

Erneut stellte die SPD vor allem die Belastungen der Gemeinden durch die Arbeitslosigkeit heraus. Dies belastete auch die Investitionsfähigkeit der Gemeinden.

Demgegenüber verwies die Union darauf, daß die Zunahme der Sozialhilfearbeiten rückläufig sei. Nach den jüngsten Berechnungen des statistischen Bundesamtes habe die Ausgabensteigerung 1984 mit 6,7 % niedriger gelegen als in den beiden vorangegangenen Jahren 1982 (10,5 %)

und 1983 (7,6%). Auch trage die Gesetzgebung des Bundes zur Entlastung der Kommunen bei. Als Beispiele wurden genannt:

- **Wiedereinbeziehung jugendlicher Arbeitsloser in das Kindergeld ab 1985**
- **Erhöhung des Wohngeldes um 30 % ab 1986**
- **Familienlastenausgleich ab 1986**
- **Differenzierung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld ab 1985 und erneut ab 1986**

Allein durch diese Maßnahmen würden die Kommunen bei den Sozialhilfekosten pro Jahr um über 500 Mio. DM entlastet.

Mehr Chancen für Alte

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth will sich dafür einsetzen, das Alter als Chance für eine aktive Lebensplanung bewußt zu machen und das Verständnis zwischen den Generationen in der Bundesrepublik zu fördern. In Köln stellte die CDU-Politikerin vor der Presse eine neue Aktion ihres Ministeriums vor, die unter dem Titel Pluspunkte für die neuen Alten den Bundesbürgern Beispiele für eine neue positive Einstellung zum Alter vor Augen führen will. Danach soll 1985 und 1986 eine Serie regionaler Treffpunkte der Generationen gefördert werden. ■

Wir betreiben eine aktive Sozialpolitik: Das Wohngeld wird erhöht

Ab Januar 1986 wird es für rund 1,7 Millionen Bürger Verbesserungen beim Wohngeld geben. Die Wohngeldnovelle bringt ab diesem Zeitpunkt entscheidende Verbesserungen der Wohngeldleistungen, z. B.:

1. 42 DM mehr erhält der einzelne Wohngeldempfänger pro Monat (im Durchschnitt aller Haushalte).
2. Anhebung der Höchstbeträge um 20 % für die beim Wohngeld berücksichtigungsfähige Miete bzw. Belastung.
3. Die Höchstbeträge werden nicht mehr nach der Gemeindegröße gestaffelt, sondern am tatsächlichen örtlichen Mietniveau orientiert.
4. Den Erfordernissen einer familienfreundlichen Gesellschaft wird Rechnung getragen: Das Wohngeld für einen Vier-Personen-Haushalt wird durchschnittlich um 60 DM/Monat angehoben.
5. Speziell zur Förderung des Zusammenlebens mehrerer Generationen wurde ein

Familienfreibetrag eingeführt. Bei Familien, die ältere Angehörige im Familienbund betreuen, erhöht sich das Wohngeld zusätzlich zu den genannten Maßnahmen um etwa 45 DM/Monat. Damit bietet sich eine entscheidende soziale Alternative zu einer Heimunterbringung.

Wohnungsbauminister Oscar Schneider sieht im Wohngeld eine unverzichtbare Sozialleistung, die dem Bürger unmittelbar zugute kommt. Die Bundesregierung beweist mit dieser Initiative erneut, daß sie eine auf die Bedürfnisse der Bürger ausgerichtete aktive Sozialpolitik erfolgreich betreibt.

Die Broschüre Wohngeld 86 kann kostenlos bezogen werden beim:

**Bundesministerium für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau
Pressereferat
Deichmanns Aue
5300 Bonn 2**

Die Deutschen: Sie nörgeln und jammern

Die Bundesbürger sind die Weltmeister der Lebensqualität, ihre Welt ist intakt. Was fehlt? Gelassenheit und Mut zum Optimismus.

Zurück nach Deutschland (West), zurück von einer auch nur kurzen Reise, zurück aus Amerika oder Asien, wieder zu Hause in Hamburg oder Stuttgart, Düsseldorf oder Berlin, Itzehoe oder Offenburg, Welch ein Erlebnis, Welch ein Eindruck: Doch nicht nur das: Jede Menge Fragezeichen und so vieles, über das nachzudenken sich lohnt.

Fragezeichen Nr. 1: Deutschland ein Jammertal?

An der Klagemauer zu stehen und den Eindruck zu erwecken, mit nackten Füßen über spitze Steine laufen zu müssen, das ist der Stil der Zeit. Gegen etwas zu sein, zu fordern und nochmals zu fordern, wenig zu bieten, alles zu verlangen, ist der Trend nicht die Wende. Das Wort Protest ist ein Markenzeichen der Republik. Ein jeder warnt, lehnt ab, verbittet sich dieses und jenes und gelegentlich auch alles, ruft auf, verlangt das Ganze und nimmt die Hälfte. Politiker und Parteien, Funktionäre und Geschäftsführer, sie alle stehen an der Klagemauer. Die Republik — ein Staat des großen Seelenschmerzes. Ein Jammertal. Wer nicht räsoniert, wer nicht mäkelt, ist nicht von diesem Land.

Fragezeichen Nr. 2: Ein Land des stillen Leidens?

Das Weltbild, das Funk und Fernsehen, aber auch Bedrücktes aller Art, als Wirklichkeit der Deutschen zeichnen, ist ganz anders als das Bild, das ein Ausländer sieht, kommt er nach Deutschland. Hierzulande wird heute öffentlich mehr Trübsal geblasen als in der Nachkriegszeit des Hungers und der Kälte. Wohin man auch blickt, welchen Knopf der Medien man

auch drückt: Angst und nochmals Angst. Sie wird geschürt. Katastrophenstimmung, als herrsche ein Bürgerkrieg. Das Bier darf nicht mehr schmecken. Zum Frühstück Glykol, zum Mittag der Formaldehyd-Horror, zum Abend die Altlast von irgendeiner Industriebranche, den Tag über Sorge um den Rest der Welt. Nicaragua liegt näher als der Schwarzwald. Die Bürger sind, so wird uns eingeträufelt, pausenlos mit sich selbst, mit ihren tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Problemen beschäftigt, jedenfalls und immer wieder mit Problemen. Sie leiden still in ihrem Land und laut an dem Elend anderer Teile dieser Welt. Der Hang zur Wehleidigkeit, zum ständigen Bedauert-sein-Wollen, die Tendenz, alles und jedes von Grund auf so schrecklich grundsätzlich anzugehen und für alle Ewigkeit lösen zu wollen — das ist es, was das deutsche Wesen von heute auszumachen scheint. Am Rande, es muß gefragt werden: Welche Werte, welche Steigerung in der Wortwahl haben wir noch, gilt es tatsächlich eine Katastrophe zu meistern, ein Beben à la Mexiko, einen Klassenkampf von Nottingham und Belfast?

Fragezeichen Nr. 3: Kein Platz für Optimismus?

Die Wirklichkeit ist anders. In kaum einem anderen Land der Welt ist der Lebensstandard so hoch wie in Deutschland (West). Die Deutschen sind Weltmeister der Freizeit und des Reisens. Nirgendwo wird so viel Geld für Dinge ausgegeben, die für 90 Prozent aller Menschen unerreichbar sind. Weltmeister auch der Löhne und Gehälter. Weltmeister in Lebensqualität der Dörfer und der Städte, weltweit nur noch mit der Lupe zu finden — vielleicht ein Flecken in Kalifornien, in Südfrankreich, in der Toskana. Es gibt keine heile Welt, aber die Welt in Deutschland (West) ist intakt. Dies festzustellen heißt nicht, Probleme unter den Teppich zu kehren. Dennoch, was uns fehlt, ist Toleranz und Gelassenheit. Mut zum Optimismus. Mut, sich auch zur Freude zu bekennen!

(Jens Feddersen in der „BUNten“ vom 24. Oktober 1985)

Ökonomie und Ökologie müssen in Einklang gebracht werden

Beim 22. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg am 25./26. Oktober 1985 in Balingen stand der Leitantrag des Landesvorstandes Grüne Charta Baden-Württemberg im Mittelpunkt der Beratungen. Das umfangreiche Papier wurde vom Arbeitskreis Ökologie unter Leitung von Günther H. Oettinger, MdL, fertiggestellt. Nahezu 1 000 Anträge waren zur Grünen Charta beim Landesverband eingegangen. Die hervorragende Vorbereitung durch die Arbeitskreise in den Kreisverbänden, aber auch die Vielzahl der Kreisparteitage, die bis Ende September durchgeführt wurden, machten es möglich, eine derartige Fülle von Anträgen in einer relativ kurzen Zeit zu behandeln.

Diese Vorbereitung wurde besonders am Freitagabend deutlich, als sich in fünf Arbeitskreisen die Delegierten zusammen mit Gästen aus 30 im Umweltschutz relevanten Gruppen und Vereinigungen in intensiver Diskussion mit der Grünen Charta Baden-Württemberg auseinandersetzten.

Zur Eröffnung des Parteitages griff der stellvertretende Landesvorsitzende Erwin Teufel in scharfer Form die SPD an. Teufel warf der SPD vor, ihr dürftiges 12-Seiten-Papier mit dem Titel Arbeit und Umwelt von der Grünen Charta Südbaden abgeschrieben zu haben.

Teufel betonte, daß die Umweltschutzpolitik der Landesregierung hervorragend sei. Die Politik, so erklärte Teufel, müsse Leitlinien vorgeben. Sie könne nicht warten, bis die Wissenschaft für alle Phänomene Erklärungen biete. Es komme viel-

mehr darauf an, bei allen mehr Umweltbewußtsein zu entwickeln.

Minister Gerhard Weiser: Tempolimit nicht überschätzen

Umweltminister Gerhard Weiser sagte bei seiner Grundsatzrede: Unsere Umwelt — Lebensgrundlage für alle, daß ein Tempolimit nicht das geeignete Mittel zur Verbesserung der Luftqualität sei. Wörtlich sagte der Minister: Ich halte nichts davon, so zu tun, als brauche man nur ein paar Verkehrszeichen aufzustellen, und dann seien die Wälder über den Berg.

Der Samstag stand ganz im Zeichen der Beratung der Änderungsanträge zum Leitantrag.

Günther H. Oettinger: Umweltpolitik bewegt sich nicht im luftleeren Raum

Günther H. Oettinger, MdL, der am Samstag die Grüne Charta Baden-Württemberg in den Landesparteitag einbrachte, hob hervor, daß sich die Umweltpolitik der CDU Baden-Württemberg nicht wie bei anderen Parteien im luftleeren Raum bewege, sondern es Ziel sei, die Umweltpolitik mit den anderen politischen Zielen in Einklang zu bringen.

Sechs Stunden diskutierten dann die 480 Delegierten über die Anträge zur Grünen Charta Baden-Württemberg.

Schwerpunkte der Diskussion bildeten die Themen Wasserpfennig und Tempolimit. Ministerpräsident Lothar Späth unterstrich bei der Debatte um den Wasserpfennig, daß dieser als Zeichen der Solidarität verstanden werde, mit dem die Verbraucher den von den Nutzungsbe-

schränkungen betroffenen Bauern helfen sollen. Damit, so Späth, könne den Landwirten der Glaube an eine gemeinsame Zukunft in Europa erhalten werden.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel lehnte den Wasserpennig mit der Begründung ab, daß mit diesem Instrument das Verursacherprinzip durchbrochen werde. Zudem, so Rommel, liege die Kompetenz für eine solche Regelung beim Bund. Allerdings war auch Manfred Rommel nicht grundsätzlich gegen Zuwendungen. Diese sollten jedoch aus öffentlichen Mitteln erfolgen, da sonst vieles und noch nicht Absehbare auf den Verbraucher zukommen könnte. Umweltminister Weiser machte sich in der Debatte nochmals für die Einführung eines Wasserpennigs stark. Die Delegierten folgten der von Lothar Späth und Gerhard Weiser vorgeschlagenen Linie mit großer Mehrheit.

Zweiter Schwerpunkt der Diskussion war die Einführung eines Tempolimits. Allein 25 Wortmeldungen gingen beim Präsidium zu diesem Thema ein. Nach einer halbstündigen Diskussion einigten sich die Delegierten des Landesparteitages mit klarer Mehrheit für ein differenziertes Tempolimit, sofern der in einigen Wochen abgeschlossene Großversuch eine spürbare Schadstoffminderung signalisiere und keine erhebliche Einschränkung des Verkehrsflusses mit sich bringe. Der brückenbauende Vorschlag von Lothar Späth: Die Einführung einer befristeten, auf nicht abgasgereinigte Fahrzeuge beschränkte Geschwindigkeitsbegrenzung dann vorzunehmen, wenn der Großversuch der Bundesregierung bestätigt, daß dadurch eine spürbare Minderung des Schadstoffausstoßes erreicht werden kann, und sich für den Verkehrsfluß und für die Verkehrsströme keine schwerwiegenden Nachteile ergeben, fand bei der Mehrheit der Delegierten Zustimmung.

Ein Modell für Bonn

Heiner Geißler zur Koalition SPD/Grüne in Hessen

Es ist ein Modell für Bonn. Das Leugnen dieser Tatsache durch die SPD und ihren mutmaßlichen Kandidaten Rau ist eine Irreführung des Wählers, genauso wie dies Börner vor der letzten Landtagswahl getan hat. Was sollen denn die Grünen? Sie wollen Ausstieg aus der Exportwirtschaft; jeder dritte Arbeitsplatz wäre gefährdet.

Nein zum technischen Fortschritt; Deutschland würde zweitklassig werden. Ausstieg aus der NATO, uferlose Staatsverschuldung mit der Folge einer galoppierenden Inflation. Die Bundesrepublik und die junge Generation hätten eine düstere Zukunft, wenn diese Ziele mit Hilfe der SPD bundesweit verwirklicht werden würden. (DFS)

Lothar Späth: Versöhnung von Ökologie und Ökonomie ist das Ziel

Ministerpräsident Lothar Späth faßte das Ergebnis des Ökologieparteitages zusammen: Die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie gelingt nur durch integrierte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Umwelt-, der Forschungs- und der Technologiepolitik sowie der Agrar- und Wirtschaftspolitik. Der Parteitag hat wieder einmal deutlich gemacht, daß die CDU Baden-Württemberg keine Schlagwort —, sondern eine Lösungsdiskussion geführt hat.

Späth dankte allen, die an der Vorbereitung und Gestaltung der Grünen Charta Baden-Württemberg auf den verschiedenen Parteiebenen mitgewirkt haben, für die hervorragende Arbeit. Die Charta, so Späth, ist ein umweltpolitisches Gesamtkonzept, das weit in die 90er Jahre hinein Gültigkeit haben wird.

„Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“

Umweltschutz geht jeden an. Mit der Aktion „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ setzt die CDU auf das Engagement vor Ort. Zupacken dort, wo der „Umwelt-Schuh“ drückt, heißt die Devise. Keine großen Worte, sondern viele kleine Taten sind gefragt. Die hier angebotenen Materialien dienen der Unterstützung Ihrer Arbeit vor Ort.

Zeitung: Mit uns für eine lebenswerte Umwelt



Umwelt-Tips von A-Z



Erfahrungen weitergeben!

Alle CDU-Mitglieder, Verbände und Vereinigungen, die vor Ort eine Aktion für eine lebenswerte Umwelt durchführen, werden gebeten, über ihre Aktion zu berichten!

Schicken Sie Musterexemplare Ihrer Aktionsmaterialien, z. B. Ihre Flugblätter sowie einen Erfahrungsbericht und Zeitungsausschnitte an:

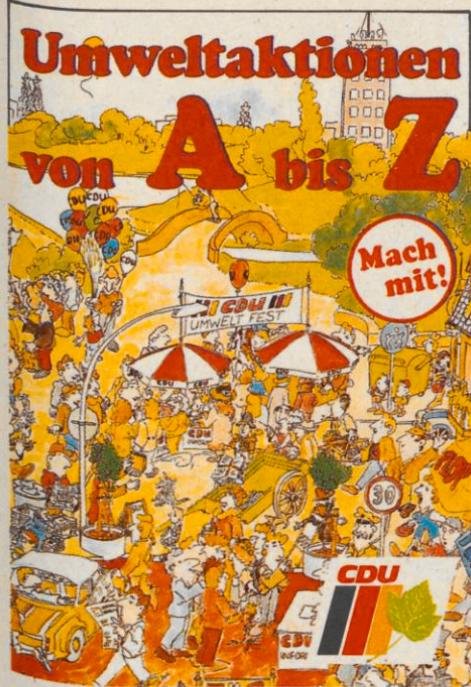
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

Die Zeitung enthält Artikel zu allen wichtigen Umweltfragen, auf der Innenseite ist ein großes, vierfarbiges Poster mit Umwelt-ABC.

Mindestabnahme:
100 Stück

Preis pro
Mindestabnahme:
19,— DM
Bestell-Nr.: 2662

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold



Aktionshandbuch: Umweltaktionen von A bis Z Mach mit!

Vielfältige Aktionsbeispiele regen zum Nachmachen an.

Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM
Bestell-Nr.: 3670



**MIT UNS FÜR EINE
LEBENSWERTE
UMWELT**

Katalysator, bleifreies Benzin:

Unsere Luft wird sauberer

Klarheit für Autofahrer:
Alle Informationen zur Steuer-
befreiung und -vergünstigung
mit Tabellen und Beispielen

So sparen Sie Geld und schützen Ihre Umwelt!

Broschüre: Katalysator, bleifreies Benzin: Unsere Luft wird sauberer

Alle Informationen, wie man als Autofahrer die Umwelt schützen und zugleich Steuern sparen kann.

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 2664

Rahmenflugblatt: Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Die Vorderseite mit dem Aktionszeichen steht für den Eindruck von Informationen der CDU-Kreisverbände zur Verfügung. Die Rückseite enthält die Bilanz der erfolgreichen Umweltpolitik der Bundesregierung.

Mindestabnahme: 500 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 1695

Rahmenplakat (DIN A1)

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 8695

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



Dr. Gerhard
Stoltenberg

Finanzpolitik für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung

Rede des Bundesministers
der Finanzen
am 4. September 1985
im Deutschen Bundestag



NEU

Broschüre

Dr. Gerhard Stoltenberg Finanzpolitik für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung

Diese Broschüre enthält die Rede des Bundesministers der Finanzen am 4. September 1985 im Deutschen Bundestag. In einer eindrucksvollen Bilanz erläutert Dr. Gerhard Stoltenberg die Erfolge der Regierung Helmut Kohl, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. In seiner Entgegnung auf die Rede von Hans Apel macht er deutlich, daß die SPD keine Alternative in der Wirtschaftspolitik hat.

Übersichtlich gestaltete Schaubilder machen die positiven Entwicklungen des Bundeshaushaltes auch optisch deutlich.
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 36,50 DM
Bestell-Nr. 3707

UiD

34/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** WA-Druck, Düsseldorf.